

17. 10. 1916

### Die Zukunftsaufgaben der österreichischen Agrarpolitik.

Ueber dieses Thema sprach gestern Reichsratsabgeordneter Reichsritter v. Panz in der Vollversammlung des Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes. Der Vortrag, welcher überaus zahlreich besucht war, fand im großen Saale des Industriehauses statt. Es waren unter andern erschienen der Minister des Innern Prinz Hohenlohe, die Geheimen Räte Minister a. D. Freiherr v. Engel, Graf Hardegg, R. v. Kuczynski, Dr. Pattai, in Vertretung des Landesverteidigungsministers G.M. Schönau, Sektionschef Ritter v. Schauer, die Ministerialräte Professor Dr. Schiff, Leon, die Hofräte Professor Schwiedland, Dr. R. von Panz, die Reichsratsabgeordneten Dr. R. von Mühlwert, Ganser, Friedmann, Kemeter, Keller, Iro, Bankpräsident Professor Doktor Landesberger, Generalrat v. Wiesenburg, die Industriellen Präsident des Bundes österreichischer Industrieller Better, Präsident Kommerzialrat Koffmahn, Regierungsrat Fritsch, der Präsident des Niederösterreichischen Gewerbevereines Schiel mit den Vizepräsidenten Stoll und kaiserlicher Rat Krause, den Verwaltungsräten Zimmermann und Dr. Brunstein, Professor Dr. Kobatsch, Direktor kaiserlicher Rat Schweinburg, die Industriellen Gemeinderat Lohner, Bujatti, Stephan v. Luppsitz u.

Vorsitzender Abgeordneter Friedmann richtete an die Vereinsmitglieder und die vielen Anhänger der Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche den Appell, sich durch verschiedene Rückschlüsse und Verfügungen, deren Absichten vielfach verkannt werden, nicht irremachen zu lassen. Mit zunehmender Kriegsdauer sei die Erkenntnis gewachsen, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß eine politische, finanzielle und volkswirtschaftliche Notwendigkeit für jeden Staat der Centralmächte ist, der sich alle Einzelinteressen unterzuordnen haben, und daß unsere Volkswirtschaft wird andre Bahnen wandeln müssen, weil wir auf ganz geänderte wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse nach dem Kriege gefaßt sein müssen. Soweit als möglich läßt sich der Oesterreichisch-deutsche Wirtschaftsverband es angelegen sein, die Rückwirkung auf die industriell-gewerbliche und agrarische Produktion sowie auf die Konsumententriebe zu erwägen, hiebei von dem Standpunkte ausgehend, daß die Interessen der Produktion am besten gewahrt werden, wenn sie mit den staatlichen Interessen im Einklang stehen.

### Die Ausführungen des Abg. Panz.

Abg. v. Panz führte aus, daß die Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik darin erblickt werden müsse, die handelspolitischen Interessen der beiden großen Machtfaktoren unsres Wirtschaftslebens, der Landwirtschaft und der Industrie, im Kompromißwege auszugleichen und die konsumierende Bevölkerung vor zu hohen Preisen zu schützen. Der Schutz der Konsumenten wurde in der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre nicht hinreichend bedacht und sie mußten die Kosten eines Systems bezahlen, dessen Hauptaugenmerk dem Bestreben galt, der Industrie und Landwirtschaft lohnende Preise zu sichern. Dieses mit der neuen handelspolitischen Aera des Jahres 1906 inaugurierte System des Hochschutzes kann seine Berechtigung nur dann finden, wenn durch dasselbe die Vermehrung der einheitlichen Produktion und aus derselben die Erhöhung der Einnahmen erzielt wird. Nach diesen beiden Gesichtspunkten ist das geltende handelspolitische System zu prüfen, um daraus für die Zukunft die erforderlichen Schlüsse im Interesse der Erhaltung unsrer Volkswirtschaft zu ziehen.

Was die industrielle Zollpolitik betrifft, verwies Redner auf einen Vortrag des Ministerialrates Dr. Schüller in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte, in welchem Dr. Schüller nachwies, daß trotz der Hochschutzes in zahlreichen Industrien die angestrebte Produktionsvermehrung nicht eintraf und die hohen Zölle für Halbfabrikate vielfach hemmend auf die Entwicklung unsrer Finalindustrie und unsres Gewerbes gewirkt haben. Was die österreichische Landwirtschaft betrifft, wies Abg. v. Panz an der Hand zahlreichen statistischen Materials nach, daß durch die Getreidehochzölle des

Jahres 1906 in den meisten Ländern Oesterreichs die angestrebte Ertragssteigerung nicht eintraf, wohl aber eine durchschnittlich dreißigprozentige Preissteigerung, welche zu einer ungeheuren Vertzeuerung der Lebenshaltung führte und die in Oesterreich-Ungarn empfindlicher war als im Deutschen Reich. Unter Hinweis auf die Ergebnisse der Viehzählung, die 1900/10 einen Rückgang unsres Rinderstandes von 347,000 Stück aufweist, zeigt sich, daß auch auf dem zweiten Hauptgebiete der landwirtschaftlichen Produktion, der Viehproduktion, mit Ausnahme der Schweineproduktion keine Produktionsvermehrung, wohl aber eine Steigerung in der Fleischpreisbildung von durchschnittlich fünfzig Prozent vor Kriegsbeginn eintrat.

Das gegenwärtige Wirtschaftssystem enthält also lediglich eine Preispolitik ohne Produktionspolitik, daher können wir es nach dem Kriege unmöglich aufrecht erhalten, ohne wirtschaftlich zu versallen. Nach einer eingehenden Besprechung der Erfahrungen der Kriegszeit und der seitens der Regierung zum Schutze des Konsums erlassenen Verordnungen zog Redner die Schlußfolgerung, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem im Interesse der Staatsicherheit und der militärischen Bereitschaft, ebenso wie in dem unsrer Volkswirtschaft, mit allem Nachdruck für die Zukunft abgelehnt werden müsse.

Vor allem ist für die Zukunft die Schaffung hinreichender Vorräte anzustreben. Zur Sicherstellung dieser Vorräte an Brotgetreide ist die Forderung nach Einführung des Getreidemonopols zu erheben, das die Ausgleichung der Preise und der schwankenden Ernteerträge mit dem Schutze der heimischen Produktion herbeizuführen geeignet ist. Redner verwies hiebei auf die jüngst publizierte Schrift des Dr. Michael Gajinisch über das Getreidemonopol. Für die Eindeckung mit Fleisch und tierischen Produkten aller Art ist die intensivste Vermehrung unsrer Viehproduktion anzustreben, deren unerläßliche Voraussetzung die Erschließung reicher Futtermittelquellen ist. Nach den Berechnungen Professor Balods bezieht die österreichische Landwirtschaft 1 Million Tonnen Futtergetreide, hauptsächlich Mais, aus Ungarn, wofür sie einen Zollprofit von 30 Millionen Kronen zu bezahlen hat. In der Beseitigung der Futtermittelzölle, vor allem des Maiszolles, erblickt Redner eine Hauptforderung der österreichischen Landwirtschaft für die Zukunft. In Oesterreich sind trotz der Erhöhung des Maiszolles die mit Mais bestellten Flächen um 20 Prozent zurückgegangen.

Redner besprach sodann den ungeheuren Wert der Kommissionen, der Zusammenlegung von Grundstücken, der Förderung und des Schutzes der Alpen- und Weidewirtschaften, wofür durch Reichsgesetze Vorsorge getroffen wurde. Die Landtage folgten aber nur langsam der durch die Reichsgesetze gegebenen Anregung, und noch heute sind in den Ländern Böhmen, Bukowina, Kärnten, Dalmatien und Vorarlberg die diesbezüglichen Landesgesetze ausständig. Wenn Hofrat Professor v. Philippovich jüngst den Mangel einer zielbewußten Kommissionspolitik beklagt hat, so trägt an diesem Mißerfolge die komplizierte Verwaltung zwischen Staat und Ländern und die geringen Kredite (1,297,000 K., in Preußen 15,700,000 K.) schuld. Redner erhebt für die Zukunft die Forderung, daß alle Landeskulturangelegenheiten als von allgemeinem und volkswirtschaftlichem Interesse vom Staate einheitlich und nur dadurch wirksam geregelt werden.

Eine Ausgleichung der ungeheuren Volksverluste durch den Krieg ist nur durch eine Verringerung der Auswanderung, deren Hauptursache in dem Vorwiegen großer Betriebe in weiten Gebieten des Staates gelegen ist, zu erzielen. Redner besprach die Bauernlegung, den Ankauf von Dauergütern zu Jagdzwecken und anerkannte das Verdienst der Regierung durch die Erlassung der kaiserlichen Verordnung vom 9. August 1915, durch welche der sechshafte Bauernstand vor den Gefahren spekulativen Aufkaufes in der Kriegszeit bewahrt wurde.

Es folgte eine eingehende Erörterung des Problems der inneren Kolonisation und der Schaffung von Kriegerheimstätten auf dem Lande, eine kritische Beleuchtung unsrer Eisenbahntarifpolitik für landwirtschaftliche Produkte, die Besprechung jener Maßnahmen, durch welche die vermehrte Zufuhr von Kunstdünger und die Modernisierung der Betriebe durch Einstellung landwirtschaftlicher Maschinen, die Reform des landwirtschaftlichen Kredits einschließlich des Handels mit Agrarprodukten, die Erhöhung der Erträge unsrer Forste